

3430 J

21. Sep. 2005

## ANFRAGE

der Abgeordneten Gaál, Petra Bayr, Eder

und GenossInnen

an den Bundesminister für Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie  
betreffend **Aufkündigung des 50:50 Finanzierungsschlüssels für den Wiener U-Bahn-  
Ausbau seitens des Bundes**

In der Tageszeitung „Die Presse“ vom 03.09.2005, war unter dem Titel „*Rieder:  
Todesstoß für U-Bahn-Ausbau*“, folgendes zu lesen:

*„Wiens Finanzstadtrat will weiter Hälfte der U-Bahn Finanzierung durch Bund.  
WIEN. Sichtlich erregt reagiert Wiens Finanzstadtrat Sepp Rieder auf die Überlegungen, die  
Infrastrukturminister Hubert Gorbach im Interview mit der "Presse" äußerte. Gorbach hatte  
gedroht, dass der Bund in Zukunft den Finanzierungsschlüssel von 50:50 in Frage stellen  
würde und damit nicht mehr die Hälfte der Kosten für den U-Bahn-Ausbau übernehmen  
könnte.*

*"Das wäre der Todesstoß für den weiteren U-Bahn-Ausbau", meinte Rieder dazu am Freitag  
anlässlich einer Präsentation des neuen U1-Teilabschnitts vom Kagraner Platz nach  
Leopoldau. Alleine werde die Stadt Wien die Vorhaben nicht realisieren können. Sollte der  
Bund den bisherigen Finanzierungsschlüssel tatsächlich ändern, "dann wird es die vierte  
Ausbaustufe in der bisher geplanten Form sicher nicht geben". Konkret sei dadurch die  
Verlängerung der U1 in den Süden nach Rothneusiedl und der U2 zum Flugfeld Aspern  
gefährdet. ...*

*Schließlich mahnt der Finanzstadtrat, dass ein Stopp des U-Bahn-Ausbaus in der geplanten  
Form massive Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft hätte. Denn rund 200 Firmen  
seien mit über 440 Bauvorhaben rund um den U-Bahn-Bau beschäftigt. Allein die vierte  
Ausbaustufe des Wiener U-Bahn-Netzes habe ein Investitionsvolumen von 700 Millionen  
Euro. "Das wäre ein großer Rückschlag beim Versuch, die Wirtschaft anzukurbeln", meint  
Rieder, "es wundert mich, dass Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer sich dazu  
noch nicht gemeldet haben."*



*... "Es stellt sich die Frage, ob der Bund die Verantwortung für einen abrupten Stopp  
inklusive aller Konsequenzen für die Bauwirtschaft übernehmen will."*

*Dass der Ausbau tatsächlich zum Stillstand kommt, glaubt der Stadtrat indes nicht. Zum einen  
entsprechen die Äußerungen Gorbachs der "üblichen Vorgangsweise der Bundesregierung",  
schon vor Beginn der Verhandlungen mit Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Zum  
anderen sei der Infrastrukturminister gar nicht für Finanzierungsfragen zuständig. Denn der  
Verhandlungspartner auf Seiten der Bundesregierung sei einzig Finanzminister Karl-Heinz  
Grasser. ..."*

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

**Anfrage:**

1. Planen Sie künftig den Finanzierungsschlüssel von 50:50, für den U-Bahn-Ausbau in Wien, zu verändern?
  - a) Wenn ja, in welcher Weise und warum?
  - b) Wenn nein, warum kündigen Sie diese „Absicht“ im Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ an?
  
2. Werden Sie die Verantwortung für einen allfälligen Stopp der Investitionstätigkeit im Bereich des U-Bahn-Ausbaus, inklusive aller Konsequenzen für die Bauwirtschaft, übernehmen?
  - a) Wenn ja, in welcher Weise?
  - b) Wenn nein, wer soll diese finanzielle Verantwortung übernehmen?
  
3. Warum äußern Sie sich, als nicht für Finanzierungsfragen zuständiges Regierungsmitglied, über die Finanzierung des U-Bahn-Ausbaus in Wien?

  Peter Bauer  
/  
für den O. Kapp